

Policy brief
**Kompetenzförderung im
Bereich Außen- und
Sicherheitspolitik in
Deutschland**

Autoren:
Marina Henke, Julian Wucherpfennig
September 2021



Zusammenfassung und Problembeschreibung

Dieser Beitrag beschreibt weit verbreitete Wissenslücken und fehlende Kompetenzen der deutschen Öffentlichkeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, erörtert daraus entstehende Gefahren und Risiken und unterbreitet Vorschläge zu möglichen politischen Eingreifstrategien der neuen deutschen Bundesregierung. Wir stellen Folgendes fest:

Erstens: Wahrnehmungen der deutschen Öffentlichkeit in Bezug auf Sicherheitsrisiken sind in ernstzunehmendem Maße verzerrt. Beispielsweise wurde die Gefahr terroristischer Anschläge durch ausländische Kräfte auf deutschem Boden während der letzten 20 Jahre drastisch überschätzt.

Zweitens: Große Teile der deutschen Bevölkerung sind sich unschlüssig bei der Bewertung politischer Optionen auf dem Gebiet der internationalen Sicherheitspolitik. Konfrontiert mit einem Krisenszenario zwischen Russland und den baltischen Staaten, ist beispielsweise mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung nicht in der Lage, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche politische Reaktion sie favorisieren würden. Dieser Anteil steht in einem starken Kontrast zu anderen Politikfeldern (z.B. Bildungs- oder Wirtschaftspolitik), in denen die Antwortoption „Ich weiß nicht“ signifikant seltener gewählt wird.

Beide Dynamiken sind beunruhigend und müssen durch die neue deutsche Bundesregierung angegangen werden. Eine schlecht informierte, zaghafte oder unwissende deutsche Bevölkerung ist „leichte Beute“ für populistische Politakteure, die versuchen, die öffentliche Meinung zu ihrem politischen Vorteil zu manipulieren. Zudem kann eine Informationsabkopplung zwischen der deutschen Bundesregierung und der deutschen Bevölkerung während einer Sicherheitskrise nicht nur die nationale politische Entscheidungsfindung, sondern auch das Funktionieren der EU und der NATO lähmen und auf diese Weise eine erfolgreiche europäische oder transatlantische Reaktion beeinträchtigen.

Wichtige Zahlen

1.05

Deutsche pro Jahr wurden durchschnittlich seit 2001 durch terroristische Anschläge, motiviert oder verübt durch ausländische Akteure, in Deutschland getötet*.

48%

der Deutschen hatten in diesem Zeitraum Angst vor Terroranschlägen.

55%

der Deutschen wissen, dass die Annexion der Krim durch Russland rechtswidrig war.

39%

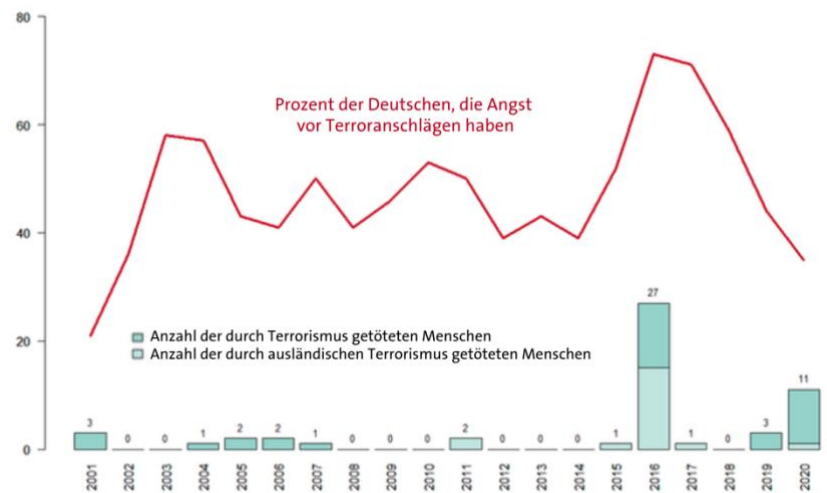
der Deutschen wüssten nicht, wie im Falle eines Angriffs von Russland auf Lettland zu reagieren wäre.

*Quelle: Kodierungen auf der Grundlage der [Global Terrorism Database](#).

Kenntnisse der deutschen Bevölkerung zur Außen- und Sicherheitspolitik

Fallstudie I: Risikowahrnehmung der Deutschen in Bezug auf ausländisch motivierte Terroranschläge auf deutschem Boden

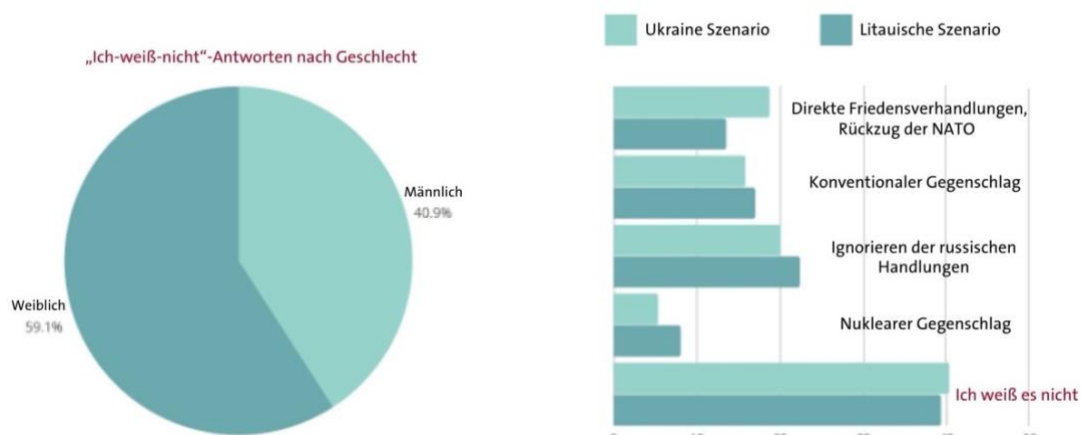
Seit 9/11 sind ausländische Terroristen für den Tod von durchschnittlich einem Menschen pro Jahr in Deutschland verantwortlich. Und dennoch – die Zahlen unterliegen von Jahr zu Jahr leichten Schwankungen - hat fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung große Sorge vor Terrorismus. Ähnliche Muster finden sich in vielen westlichen Ländern. Diese Ängste gehen einher mit der weit verbreiteten Meinung, dass Flüchtlinge und Migranten Terrorismus systemisch „importieren“ – trotz systematischer und robuster Belege, die derartige Behauptungen widerlegen.¹



Daten teilweise basierend auf: „[Die Ängste der Deutschen im Langzeitvergleich](#)“, R+V Versicherung, 2020 und [Global Terrorism Database](#).

Fallstudie II: 39% der Deutschen wüssten nicht, wie auf einen Angriff Russlands auf Lettland zu reagieren wäre.

Wir haben eine repräsentative Umfrage durchgeführt, um die politischen Präferenzen der deutschen Bevölkerung in Reaktion auf einen hypothetischen Hybrid-Angriff Russlands auf die Ukraine bzw. auf den EU- und NATO Mitgliedsstaat Lettland zu untersuchen. Mögliche Antwortoptionen beinhalteten: (1) Sofortige Friedensverhandlungen mit Russland, (2) Ignorieren des Vorgehens von Russland, (3) Einsatz konventioneller militärischer Mittel oder (4) Einsatz nuklearer militärischer Mittel als Vergeltungsmaßnahme. Zu beiden Szenarios war die häufigste Antwort „Ich weiß nicht“. Beim Ukraine-Szenario entschieden sich 40% der Deutschen für diese Antwort. Beim Lettland-Szenario waren es 39%. Weibliche Befragte entschieden sich für diese Antwortoption noch häufiger als männliche Befragte. Gleichzeitig konnten wir feststellen, dass beide Szenarien für die Teilnehmer hoch emotional waren: 59% der deutschen Befragten gaben an, dass es ihnen Angst mache, 60% gaben an, wütend zu sein.



¹ Vgl. Polo, Sara M.T. und Julian Wucherpfennig. Im Erscheinen. "Trojan Horse, Copycat, or Scapegoat? Unpacking the Refugees-Terrorism Nexus." *The Journal of Politics*. www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/714926

Auswirkungen von Informationsdefiziten zum Thema Sicherheitspolitik



Fehlinformationen bzw. faktisches Nichtwissen über wichtige außen- und sicherheitspolitische Themen sind gefährlich. **Sie öffnen populistischen Politakteuren am Rande des politischen Spektrums Tür und Tor, die öffentliche Meinung zu manipulieren und entsprechend für sich zu nutzen.** Starke Übertreibungen, zum Beispiel über die Sicherheitsrisiken durch Einwanderung, sind seit längerem Teil der populistischen Klaviatur. Schlimmstenfalls befördert ein solches „Sündenbock-Denken“ sogar inländischen Terrorismus.



Eine unwissende Bevölkerung ist zudem zugänglicher für Desinformationskampagnen, von potenziellen ausländischen Widersachern. In Friedenszeiten können solche Kampagnen zu einer verstärkten Polarisierung im Inland führen. In Krisensituationen könnten sie die politische Entscheidungsfindung lähmen und Reaktionen der EU und NATO hemmen.



Politische Entscheidungsfindung könnte durch Emotionen statt durch rationales Denken geleitet werden. Krisen verschärfen sich eher, wenn sie von Emotionen geleitet werden. Emotionen können zu Verhaltensweisen führen, die von zu starker Risikoakzeptanz oder zu starker Risikovermeidung geprägt sind. Sie führen zu Rückkopplungsschleifen mit unwirksamen oder sogar äußerst gefährlichen Ergebnissen.

Empfehlungen und künftiges Vorgehen

Die weltweite Sicherheitslage stellt große Herausforderungen dar. Die Zahlen von Migranten und Geflüchteten werden höchstwahrscheinlich wieder steigen. Dies wird zweifelsohne erneut zu Diskussionen über relevante Sicherheitsrisiken für Zielländer wie Deutschland führen. Weltweit werden Atomwaffenarsenale aufgestockt während jahrzehntealte Rüstungskontrollverträge an ihre Grenzen kommen. Von neuen Technologien gehen neue Gefahren aus. Sich rasch weiter entwickelnde neue Technologien stellen neue Gefahren dar. Großmachtspolitik scheint zurück an der Tagesordnung.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es von äußerster Wichtigkeit, das allgemeine Wissen zu wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Themen innerhalb der Gesamtbevölkerung Deutschlands zu fördern und zu stärken. Dies würde das Risiko der Desinformation, welche die öffentliche Meinung in Deutschland beeinflusst, minimieren - nicht nur in Friedenszeiten, sondern insbesondere auch in Krisenzeiten. Deutsche Politiker dürfen sich dieser Debatte nicht länger entziehen. Ansonsten wird diese Lücke durch andere Akteure mit potenziell bösartigen Absichten ausgefüllt werden.



Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung müssen Aufklärung und Bildung der Öffentlichkeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung finanziell unterstützen.



Ferner muss ein stärkerer thematischer Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik an deutschen Schulen und Hochschulen gesetzt werden. Entsprechende Maßnahmen könnten sein: Finanzierung von neuen Professorenstellen auf diesen Gebieten sowie die Einrichtung von Stipendien und das Ausloben von Schreibwettbewerben, um mehr Studierende zu gewinnen, die sich im Bereich der Sicherheitspolitik oder ähnlichen Bereichen spezialisieren möchten.

Kontakt



Prof. Marina Henke, PhD
Prof. of International Relations | Director, Centre
for International Security
henke@hertie-school.org



Prof. Dr. Julian Wucherpfennig
Prof. of International Affairs and Security
wucherpfennig@hertie-school.org

**Addressing Germany's
governance challenges**

Dieser Bericht ist Teil vom Hertie-School-Projekt zur öffentlichen Reform. Erfahren Sie mehr dazu [hier](#).

hertie-school.org